

**Evelyne Gebhardt**

Mitglied des Europäischen Parlaments

**EUROPA AKTUELL**

Nr. 2/2021, 8. Februar 2021

**Liebe Bürger und Bürgerinnen,**

*Wir wollten es schon nicht mehr glauben! Und doch ist es gelungen in letzter Minute - sozusagen als Weihnachtsgeschenk - zu verhindern, dass ein ungeregelter Brexit unser Leben erschwert. Ein zähes Ringen ging damit zu Ende. Das Schlimmste war damit kurz vor Ende der Übergangsfrist abgewendet.*

*Kaum zu glauben, aber die europäische Kommission von Frau von der Leyen hatte die Vorstellung, dass wir Europaabgeordneten schnell dem Vertragstext zustimmen.*

*So, meine liebe Frau von der Leyen, geht das nicht. Das Europäische Parlament hat immer wieder betont, dass wir, als die einzigen direkt gewählten Vertreter und Vertreterinnen der Bürger Europas den Text zuerst gründlich prüfen wollen – und das ist gut so!*

*Keine Rosinenpickerei, Achtung der Rechte aller Bürger und Bürgerinnen, hoher Schutz der Grundwerte waren unser Mantra. Es zeichnet heraus, dass genau das geschehen ist, und trotz aller Siegesbekundungen von Boris Johnson dieses auch gelungen ist. Die Kommission blieb hier in den Verhandlungen standhaft.*

*Für uns zählt, dass die neue Beziehung zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich auf hohen Standards und fairem Handel basiert, damit die Rechte unserer Bürger und Bürgerinnen geschützt sind und kein Dumpingwettbewerb zu Lasten von Sozial- und Arbeitsnormen oder unserer Umwelt entsteht. Wichtig ist uns ebenso, dass der Frieden auf der Insel Irland gewahrt bleibt.*

*Dieses Abkommen ist ein Kompromiss – nicht mehr und nicht weniger. Ein Kompromiss, der der Schadensbegrenzung nach der historischen Fehlentscheidung des Brexits dient und dem ich zustimmen kann.*

Ihre

**Evelyne Gebhardt: „Massiver Eingriff in Grundrechte“****Europäisches Parlament kritisiert Menschenrechtsslage in Hongkong**

Das Europäische Parlament hat am Donnerstag, 21. Januar 2021 über das harte Durchgreifen gegen die demokratische Opposition in Hongkong debattiert und eine Resolution

verabschiedet. Dazu erklärte Evelyne Gebhardt, Vizepräsidentin der China-Delegation im Europäischen Parlament:

„Die Entwicklungen in Hongkong müssen uns wachrütteln. Die Unterdrückung der Oppositionsbewegung und das strukturierte Vorgehen gegen pro-demokratische Organisa-

**INHALT****Seite 1**

- Kolumne
- Europäisches Parlament kritisiert Menschenrechtsslage in Hongkong

**Seite 2**

- „Youtube live“ mit Evelyn Regner MdEP
- Europäischer CO2-Grenzausgleich

**Seite 3**

- Stiftungspreis „euRobi“
- Termine

**Seite 4**

- Covid-19-Imfstoffverteilung
- Digitaler Neujahrsempfang der Europa-verbände
- Aktuell im Europäischen Parlament
- Impressum





tionen sind ein massiver Eingriff in die Grundrechte der Bevölkerung Hongkongs. Die chinesischen Behörden untergraben damit die vereinbarte Autonomie der Sonderverwaltungszone immens. Es ist bezeichnend, dass das Nationale Sicherheitsgesetz genutzt wird, um unliebsame Personen festzunehmen und die Meinungsfreiheit zu zensieren. Bereits im vergangenen Sommer hat eine Mehrheit im Europäischen Parlament die Tragweite des Gesetzes aufs Schärfste kritisiert und darauf hingewiesen, dass es zur Unterdrückung unliebsamer Stimmen in Hongkong genutzt werden könnte. Seit dem Inkrafttreten wurden bereits 93 Personen der Opposition auf Grundlage des

umstrittenen Gesetzes festgenommen, über 50 davon am 6. Januar. Unsere schlimmsten Befürchtungen sind eingetreten.

Mit der heutigen Entschließung hat das Europäische Parlament seine Position untermauert, dass das Vorgehen der Machthaber in China und der Verwaltung Hongkongs nicht unbeobachtet bleibt. Wir beharren darauf, dass das Nationale Sicherheitsgesetz, das mit seinen weitreichenden Kompetenzen die Grundrechte der Hongkonger Verfassung massiv beschneidet, zurückgenommen werden muss. Zusätzlich müssen alle der zu Unrecht inhaftierten Oppositionellen unverzüglich freigelassen und die Vorwürfe basierend auf dem Nationalen Sicherheits-

gesetz fallen gelassen werden. Im Hinblick auf den steigenden Druck auf die demokratischen Kräfte in Hongkong, muss der Rat als nächste Maßnahme gezielte Sanktionen gegen die Entscheidungsträger in der Hongkonger Verwaltung in Betracht ziehen. Als Wertegemeinschaft muss die Europäische Union eine klare Position beziehen und durch geschlossenes Auftreten gegenüber China diese Überzeugung auch vertreten. Bei anstehenden und zukünftigen Kooperationsbemühungen müssen unsere Überzeugungen in Bezug auf Grundrechte eine zentrale Rolle einnehmen. Handel ja, aber nicht um jeden Preis!" ■

## Evelyne Gebhardt lädt zu „Youtube live“ ein

### SPD-Europaabgeordnete im Gespräch mit ihrer Fraktionskollegin Evelyn Regner

Evelyne Gebhardt setzt ihre Online-Gesprächsreihe fort. Weiter geht es mit

**Youtube live zum Thema „Gleichstellung im 21. Jahrhundert – noch immer ein Traum?“ am Donnerstag, dem 11. Februar 2021, um 19.00 Uhr.**

**Gesprächspartnerin ist die Europaabgeordnete Evelyn Regner aus Österreich (Vorsitzende des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments).**

Das Gespräch findet über Evelyne Gebhardts Youtube-Profil statt: <https://youtu.be/Vc3rZO8KBug>

Zum Anschauen des Livestreams

ist keine Anmeldung erforderlich. Über die Kommentarfunktion bei Youtube können die Zuschauer und Zuschauerinnen auch Fragen stellen.

„Auf europäischer Ebene ist das Thema aktueller denn je, nachdem in Polen Abtreibung faktisch verboten worden ist. Das Recht einer Frau, Entscheidungen über ihre eigene Schwangerschaft zu treffen, sollte in keinem EU-Land als verfassungswidrig angesehen werden. Auch deshalb bringt das Europäische Parlament in der aktuellen Plenarwoche seine Missbilligung für diese Politik in Polen und seine Solidarität für die dortigen friedlichen Proteste zum Ausdruck“, so Evelyne Gebhardt.



*Evelyn Regner MdEP*

Turnusgemäß weiter geht es mit der Online-Gesprächsreihe zwei Wochen später am Donnerstag, dem 25. Februar. Gesprächsgast wird der Hohenloher SPD-Landtagskandidat Patrick Wegener sein. ■

## Klimaschutz und zukunftssichere Arbeitsplätze in Europa

### Europäischer CO2-Grenzausgleich

Die Abstimmung des Umweltausschusses im Europäischen Parlament über einen europäischen CO2-Grenzausgleichsmechanismus am 4. Februar 2021 kommentierten Delara Burkhardt, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament und

Jens Geier, Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Mitglied des Industrieausschusses, wie folgt:

Delara Burkhardt: „Mit dem Grünen Deal wird der europäischen Industrie eine enorme, aber notwendige,

Transformationsanstrengung abverlangt. Ein CO2-Grenzausgleich könnte unsere Handelspartner zu mehr Klimaschutz bewegen und dabei treibhausgasneutrale Industrie und Arbeitsplätze in Europa halten.



Der Mechanismus ist ein Instrument, mit dem wir langfristig industrielle Produktion gemeinsam mit zukunftssicheren und gut bezahlten Arbeitsplätzen in Europa halten können. Wer in Europa unter Mehrkosten klimaneutralen Stahl, Zement oder Aluminium produziert, soll gegenüber ausländischer Produktion aus günstiger und schmutziger Kohle keinem Wettbewerbsnachteil unterliegen.

Der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich kann zudem ein Hebel sein, um andere Länder und Regionen der Welt zu mehr Klimaschutz zu motivieren. Sofern Drittländer heimische CO<sub>2</sub>-Preise oder Umweltstandards für Industrieprodukte so festlegen, dass sie mit dem EU-Niveau vergleichbar sind, würden sie von der CO<sub>2</sub>-Grenzabgabe der EU befreit werden. Mit einer europäischen CO<sub>2</sub>-Grenzabgabe könnte der EU-Haushalt aufgestockt werden. Unabhängig von den Beiträgen der Mitgliedstaaten stünden damit weitere Gelder für den internationalen und europäischen Klimaschutz bereit.“

Jens Geier: „Wir müssen dafür sorgen, dass der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich eine wirkliche Entlastung für die europäische Industrie auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit ist. Es dürften keine zusätzlichen bürokratischen oder finanziellen Belastungen entstehen. Dadurch würde die Transformation nur ausgebremst. Auch dürften sich Drittstaaten nicht aus der Grenzabgabe herauswinden können. Dafür müssen wir Schlupflöcher in der Regulierung vermeiden.“

Der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich muss einen effektiven und zielgerichteten Schutz für europäische Industrie und Arbeitsplätze gegenüber internationalen Wettbewerbern gewährleisten, die weniger strenge Klimaschutzauflagen haben als die EU. Wenn dies nicht gegeben ist, besteht das Risiko, dass Industrien abwandern. Dann ist weder unseren ArbeitnehmerInnen, noch dem Klimaschutz geholfen.“

Hintergrund: Am Donnerstag und Freitag, 4. und 5. Februar, stimmte der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments über eine Resolution zum europäischen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus ab. Die Entscheidung im Plenum des Europäischen Parlaments ist für die Woche vom 8. bis 12. März geplant.

Der Umweltausschuss schlägt vor, dass bei einem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich zunächst Sektoren und Waren betroffen sein sollen, die unter den europäischen Emissionshandel fallen: der Energiesektor und energieintensive Industrien, wie Zement, Stahl, Aluminium, Ö Raffinerie, Papier Glas, Chemie und Dünger. Diese Sektoren, die etwa 94 Prozent der europäischen Industrieemissionen ausmachen, erhalten bisher in gewissem Umfang freie Zertifikate aus dem Europäischen Emissionshandelssystem, um sie vor zu hohen Kosten im globalen Wettbewerb zu schützen. Nach Plänen des Umweltausschusses würden diese Freizuteilungen zeitnah eingestellt, sobald der Mechanismus des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs etabliert wäre. ■

## Stiftungspreis „euRobi“ Kreative Erfahrungsberichte sind gefragt

Mit dem Stifterpreises „euRobi - Azubis in Europa“ zeichnet die Europäische Bewegung Baden-Württemberg (EBBW) alljährlich Auszubildende aus, die während ihrer dualen Berufsausbildung einige Zeit im europäischen Ausland verbracht haben und hierbei vielfältige Erfahrungen gesammelt haben.

Diese kreativ gestalteten Erfahrungsberichte können entweder als Einzel- oder als Gruppenarbeit eingereicht werden.

Auf die GewinnerInnen warten attraktive Geldpreise.

Weitere Informationen:

[www.eurobi.info](http://www.eurobi.info)

## TERMINE

- **8. Februar-11. Februar 2021**  
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments  
Ort: Brüssel (per Fernteilnahme)  
Tagesordnung und Livestream abrufbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/home.html>
- **11. Februar 2021, 19.00 Uhr**  
„Gleichstellung im 21. Jahrhundert“ mit Evelyn Regner MdEP (Youtube live)  
Zugang: <https://youtu.be/Vc3rZO8KBUG>
- **13. Februar 2021, 10.30 Uhr**  
Landesvorstandssitzung der Europa-Union Baden-Württemberg  
Per Onlinekonferenz
- **22. Februar 2021, 16.45 Uhr**  
Sitzung des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments  
Ort: Brüssel (per Fernteilnahme)
- **23. Februar 2021, 9.30 Uhr**  
Sitzung des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments  
Ort: Brüssel (per Fernteilnahme)
- **23. Februar 2021, 13.45 Uhr**  
Sitzung des Sonderausschusses zu künstlicher Intelligenz im digitalen Zeitalter (AIDA)  
Ort: Brüssel (per Fernteilnahme)



## Udo Bullmann: „Wir brauchen dringend eine globale Strategie“

### Impfstoffverteilung gegen Covid19

Vor einem „tödlichen Wettlauf mit der Mutation des Covid19-Virus“ hatte der entwicklungspolitische Sprecher der S&D-Fraktion, Udo Bullmann, am 4. Februar in einem Austausch mit EU-Kommissarin Jutta Urpilainen im Parlamentsausschuss gewarnt.

„Die Impfproduktion muss nach dem Fehler der EU-Kommission, zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten deutlich weniger Impfstoffe als angeboten zu bestellen, dringend ausgeweitet werden - auch angesichts der fortschreitenden Mutation des Virus. Zwar haben sich EU und Mitgliedstaaten schon frühzeitig an dem internationalen Hilfsfonds Covax finanziell beteiligt. Doch fehlen gegenwärtig akut Impfstoffe, auf europäischer wie auf globaler Ebene.

Wir brauchen jede Form der freiwilligen Unternehmenskooperation. Aber auch die Weitergabe von Lizenzen und Wissen aus Patenten dürfen nicht zum Tabu erklärt werden. Das Reglement der Weltgesundheitsorganisation sieht hinläng-

liche Möglichkeiten dafür vor, in solchen Gefährdungssituationen Menschenleben zu schützen, ohne dass das durch eine fehlerhafte Interpretation von Eigentumsrechten verhindert wird.

Äußerst fragwürdig sind Regeln, die, wie in dem Vertrag mit Curevac, die Weitergabe von Impfstoffen an die Weltgesundheitsorganisation von der Genehmigung der Hersteller abhängig macht. Die Unternehmen sollten stattdessen vertraglich zusichern, Impfstoffe

kostengünstig an ökonomisch schwächere Entwicklungsländer abzugeben. Wir brauchen eine globale Impfstrategie, um die Menschheit weltweit, aber gerade auch die Bevölkerung in Europa aus der Pandemie zu führen. Die EU muss hierbei eine wichtige Rolle einnehmen. Insofern begrüße ich sehr die Haltung von EU-Entwicklungskommissarin Jutta Urpilainen, die Impfstoffe gegen Covid-19 als globales öffentliches Gut ansieht.“ ■

### Digitaler Neujahrsempfang der Europaverbände



Rund 100 Gäste konnten die Europaverbände Baden-Württemberg am Freitag, 29. Januar 2021 bei ihrem Neujahrsempfang mit Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Foto) als Rednerin begrüßen. Situationsbedingt fand der Empfang erstmals digital statt - trotz allem eine gelungene Premiere.

Das im Anschluss stattfindende Europäische Pub-Quiz rundete den Abend in geselliger Runde ab. ■

## AKTUELL IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

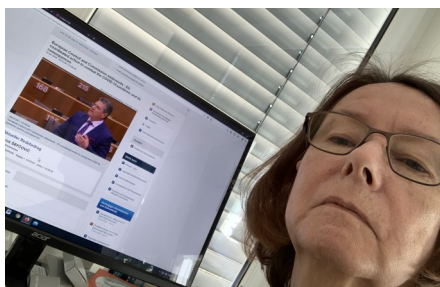
Die nächste Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (08.02.-11.02.2021) findet in Brüssel statt. Die Abgeordneten nehmen wieder per „Fernteilnahme“ teil. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die folgenden Themen:

- Debatte über EU-Impfstrategie
- Abstimmung über Corona Wiederaufbauplan
- Demokratische Kontrolle sozialer Medien
- Diskussion mit EZB-Präsidentin Christine Lagarde

Weitere Informationen unter:  
<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/agendas.html>

Sie möchten wissen, wie Evelyne Gebhardt zuletzt im Parlament abgestimmt hat? Hier eine Übersicht:

<http://www.evelyne-gebhardt.eu/de/im-parlament/wie-ich-abgestimmt-habe.html>



*Abgeordnete im Homeoffice: Aufgrund der aktuellen Coronasituation finden weiterhin keine Plenarsitzungen in Straßburg statt.*

## IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt und Fabian Rothfuss

### Europabüro

Keltergasse 47  
74653 Künzelsau  
Tel.: 07940 59122  
Fax: 07940 59144

[info@evelyne-gebhardt.eu](mailto:info@evelyne-gebhardt.eu)

### Europäisches Parlament

60, rue Wiertz  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66  
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

[evelyne.gebhardt@ep.europa.eu](mailto:evelyne.gebhardt@ep.europa.eu)

Bild-Einklinker Kopfbereich:  
Copyright PHOTO © European Union